

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Miki & Co. Breitestraße 14. in Breslau bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. eferitz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreißundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Faub & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Müsse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Nr. 710.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 9. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Pettzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Breslau, 8. Oktober. Der König hat geruht: dem Amtsgerichtsrath Richardi zu Inowrazlaw den Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife und dem Amtsgerichtsrath Reichwein zu Kempen im Kreise Schildberg den Rothen Adler-Orden 4. Klasse zu verleihen.

## Politische Uebersicht.

Posen, 9. Oktober.

Die „Babische Landesztg.“ hat bekanntlich vor Kurzem die Nachricht gebracht, der Erzbischofsverweser von K ü b e l habe den kaiserl. Majestäten in Baden-Baden seine Aufwartung gemacht. Natürlich wurden an die unter den gegenwärtigen Verhältnissen bemerkenswerthe Nachricht allerhand Kombinationen geknüpft. Heute nun bringt die „Germania“ folgendes, ihr aus Freiburg zugekommene telegraphische Dementi: „Der Herr Erzbischofsverweser v. K ü b e l hat bei den kaiserlichen Majestäten in Baden eine Audienz weder nachgesucht noch gehabt.“

Aufklärung des Widerspruchs bleibt abzuwarten.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, war am Sonntag einige Stunden lang der Gast des Reichskanzlers in Friedrichsruhe. Als Veranlassung der Reise bezeichnet man den Wunsch, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Eulenburg wegen der für die nächste Landtagsession vorbereiteten Kreisordnungsentwürfe für Posen, Hannover und Schleswig-Holstein entstanden sein sollten. Man wolle wissen, daß diese Entwürfe dem Fürsten Bismarck zu liberal gewesen wären, daß also Graf Eulenburg II. in ähnlicher Weise revolutionäre Gesetzesentwürfe ausgearbeitet habe, wie die Regierungskammer jetzt seinem Vetter nachsagen, und daß deshalb die Stellung des gegenwärtigen Ministers des Innern gefährdet sei. Wenn das wirklich der Grund der Reise gewesen ist, so wird wohl eine Verhandlung derartiger Art ein. Die Thätigkeit, die der Reichskanzler augenblicklich nach allen Seiten hin entfaltet, scheint übrigens dafür zu sprechen, daß die Müdigkeit, über welche er während der letzten Reichstagsession klagte, vollständig von ihm gewichen ist.

Wir brachten vor einigen Tagen die Mittheilung, daß mehrere Bundesregierungen, die preussische Regierung resp. Fürst Bismarck obenan, den Zeitpunkt für eine Revision des Strafgesetzbuches für gekommen erachten. Wenn sodann weiter verlautete, es sei richtig, daß von Seiten mehrerer Regierungen schon Anregungen in diesem Sinne ergangen, es treffe aber nicht zu, wenn man der preussischen Regierung einen hervorragenden Antheil daran zuschreibe, so wird dem gegenüber die „Magdeb. Ztg.“ darauf aufmerksam gemacht, daß der preussische Ministerpräsident in der Reichstagsitzung vom 8. März 1879 wörtlich sagte: „Es sind die Strafsätze ganz außerordentlich gemildert worden, so daß sie in ihren Konsequenzen kaum noch den nöthigen abschreckenden Charakter haben.“ Dies bezog sich speziell auf das Viehseuchengesetz und im Allgemeinen auf das Strafgesetzbuch. Wenn ferner geäußert wurde, der jetzige Chef der preussischen Justizverwaltung, Staatsminister Friedberg, dürfte wegen seines großen Antheils an dem Zustandekommen des Strafgesetzbuches nicht selbst die Initiative zur Abänderung desselben ergreifen, so kann versichert werden, daß Minister Friedberg mindestens den Wunsch nach Beseitigung einer Anzahl Inkonsequenzen des Strafgesetzbuches hat. Wer z. B. mit Vorsatz einen Menschen wider dessen Willen tödtet, kann, wenn er die Tödtung ohne Ueberlegung ausführte, mit Gefängniß von nur sechs Monaten bestraft werden (§ 213), während die Strafe bei einer Tödtung auf Verlangen des Getödteten mindestens drei Jahre Gefängniß beträgt (§ 216), und die Strafe für eine Mutter, die ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tödtet, auf mindestens zwei Jahre Gefängniß festgesetzt ist (§ 217). Eine nicht minder große Inkonsequenz ist es, daß Derjenige, welcher einen Anderen mit der Absicht, ihn zu tödten, mit Vorsatz körperlich verlegt, mit Gefängniß von nur sechs Monaten bestraft werden kann, falls der Tod wirklich eingetreten ist, während Derjenige, welcher einen Anderen mit der Absicht, daß der Angegriffene das Sehvermögen auf einem Auge verliere, tödtet, falls diese Absicht verwirklicht worden, mindestens mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft werden muß, dagegen nur mit Gefängniß von drei Monaten bestraft werden kann, wenn neben der Verwirklichung jener Absicht noch der Tod des Verlegten eingetreten ist. (§§ 213, 225, 226, 228.)

Bezüglich des Strafvollzugs-Gesetzesentwurfs wird der „Pos. Ztg.“ jetzt folgendes Nähere mitgetheilt: Während nach der Vorlage die Zuchthausstrafe und die Gefängnißstrafe stets mit Einzelhaft beginnen, und zwar die Zuchthausstrafe sechs Monate, die Gefängnißstrafe drei Monate in Einzelhaft zubringen sollen, fordern die Regierungen von Baiern, Württemberg, Braunschweig und Hessen folgende Fassung des Einzelhaft-Paragrapphen:

„Die Zuchthausstrafe und die Gefängnißstrafe beginnen in der Regel mit Einzelhaft. Sträflinge, deren Strafdauer drei Monate nicht erreicht, können sofort in Gemeinschaftshaft versetzt werden, wenn ihr Zusammensein mit Anderen nach ihrem Betragen und ihren Eigenschaften für nicht nachtheilig erachtet wird. Eine solche Anordnung ist jederzeit widerruflich. Die Zustimmung des Sträflings zur Verlängerung der Einzelhaft über die Dauer von drei Jahren hinaus kann nach Ablauf eines jeden ferneren Jahres widerrufen werden.“

Dieselben Regierungen sind unter Hinweis auf Art. 17 der Reichsverfassung, wonach dem Kaiser die Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze zusteht, für Streichung des Kontrolle-Paragrapphen eingetreten, welcher bestimmt, daß der Reichskanzler die einheitliche Ausführung und Beobachtung des Gesetzes zu überwachen hat und befugt ist, die Einrichtungen der Strafankalten in den einzelnen Bundesstaaten durch Kommissare inspiciren zu lassen.

Die „Frankfurter Zeitung“ tritt in einem längeren Artikel für die obligatorischen Arbeiter-Versicherungskassen ein. Es heißt in demselben unter Anderm:

Nur wenn die Versicherung obligatorisch ist, werden alle Arbeiter und Arbeitgeber an derselben theilnehmen. Daß das Bestehen freier Kassen nimmermehr diese Wirkung hervorbringen kann, davon haben uns die Erfahrungen, welche wir seit zwei Jahrzehnten, und namentlich seit der Einführung des Hilfskassengesetzes gemacht haben, hinreichend überzeugt. Nicht einmal die Versicherung für den Krankheitsfall hat überall Eingang bei den Arbeitern gefunden; wie sollte es bei der Invaliditäts-Versicherung, welche weit größere Opfer erfordert, der Fall sein? Wenn heute die obligatorischen Pensions- und Wittwenkassen für die Beamten aufgehoben würden, wie viele Mitglieder dieses gebildeten Standes meint man wohl, daß sich freiwillig versichern würden? Findet man aber bei der Beamtenversicherung den Zwang nöthig, um eine allgemeine Betheiligung herbeizuführen, wie meint man bei der Arbeiterversicherung ohne Zwang auskommen zu können? Daß sämtliche Arbeitgeber ohne eine gesetzliche Verpflichtung sich zu größeren Kassenbeiträgen herbeilassen würden, wird wohl niemand im Ernste glauben.“

Hierzu macht die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende eigenhümliche Bemerkungen:

„Da die „Frankfurter Ztg.“ zu den Führern der Sozialdemokratie wohl nicht außer Beziehung steht, so darf man den Artikel für den Ausfluß der in diesen Kreisen herrschenden Stimmung ansehen. Man konnte anfänglich daran zweifeln, ob diese Führer die Initiative der Regierung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung mit der gebührenden Anerkennung aufnehmen würden; — in den Kreisen der wirklichen Arbeiter aber dürfte eine etwaige Negation nach dieser Seite hin nicht verstanden worden sein. Die Gegnerschaft der obligatorischen Kassen wird also, wie wir schon neulich dargethan haben, wahrscheinlich auf die Anhänger des Manchesterthums und der Sirich-Dunderischen Theorie von den „freien Kassen“ beschränkt bleiben.“

Das Blatt beliebt zu flunkern. Auch die Liberalen halten eine obligatorische Arbeiterversicherung in der Theorie für etwas sehr Schönes, sie bezweifeln aber aus sehr guten Gründen die Ausführbarkeit des Projektes und vermuthen vorläufig, dasselbe möchte wesentlich zu einem Wahlmanöver und zur Einleitung einer Verstaatlichung des gesammten andersweitigen Versicherungswesens dienen, durch welche immense Summen zur Disposition der Regierung kämen. So, und nicht wie die „N. A. Ztg.“ es darzustellen für gut findet, denken die von ihr mit ihrem bekannten Jargon gemeinten Liberalen.

Der Umstand, so schreibt die „Tribüne“, daß das Reichsgesundheitsamt demnächst an die Feststellung einer neuen Pharmacopoea herantreten will, hat Anlaß zu dem Gerücht gegeben, daß nunmehr auch endlich die Ausführungsbestimmungen zu dem Nahrungsmittelgesetz in Angriff genommen werden sollen. Wir wissen nicht, wie weit das richtig ist, wohl aber wissen wir, daß der Mangel von Ausführungsbestimmungen zu einem schon im Mai 1879 erlassenen Gesetz sich äußerst fühlbar macht. Es tritt dies besonders auch bei der Handhabung der amtlichen Fleischschau hervor, da es für die Kontrolle der Fleischbeschauer und die vielfach zu treffenden Entscheidungen den Thierärzten häufig an den erforderlichen Normen fehlt. Dem Vernehmen nach würde die Angelegenheit, wenn sie bis dahin nicht geregelt ist, Gegenstand einer Interpellation im Reichstage werden.

In Berlin war gestern der Ausschuß des deutschen Handelstages verammelt, um sich über die Tagesordnung zu der am 19. d. M. abzuhaltenden Plenarversammlung schlüssig zu machen. Die Tagesordnung wird folgende Gegenstände umfassen:

Die Beschlüsse der Tarifkommission der deutschen Bahnen wegen einer Umgestaltung des neuen Frachttariffschemas.

Die Veranstaltung einer internationalen Weltausstellung in Berlin.

Die in Folge der Verstaatlichung einer größeren Anzahl von Eisenbahnen wünschenswerthen wirtschaftlichen Garantien.

Abänderung der Statuten des deutschen Handelstages, dahingehend:

- a. mindestens alljährliche Einberufung einer Plenar-Versammlung (§ 5 des Statuts);
- b. eine dreijährige Amtsdauer der Mitglieder des bleibenden Ausschusses und ein Turnus, nach welchem jährlich ein Drittel der Ausschußmitglieder (§ 10 des Statuts) neu zu wählen sind (Antrag Bielefeld, Dresden, München u. Gen.)

Abänderung des Nachtrags VI. zum Betriebsreglement der deutschen Eisenbahnen sub N. XXXII.

Außerdem soll noch die Währungsfrage zur Diskussion gelangen.

Der deutsche Handwerkertag hat vorgestern in Berlin seinen Delegirtenentag eröffnet, zu dem etwa 80 Delegirte erschienen waren. Der Jahresbericht stellt die Erfolge des Vereines nicht als besonders günstige dar. Der Versuch, in Handwerkerkreisen Propaganda zu machen, ist als so gut wie gescheitert anzusehen; Korporationen mit größerer Mitgliederzahl sind zwar neu hinzugekommen aus Wilhelmshafen, Rathenow, Hannover, Waldburg, Dessau, Warmbrunn, Bunzlau, Elbing und Berlin; mit ansehnlicher Mitgliederzahl verloren gegangen sind aber Lübeck, Hamm, Holzminde, Leipzig und die Korporation der Berliner Goldschmiede; ganz still steht die Bewegung im Königreich Sachsen, weil das dortige Vereinsgesetz den Vereinen an seiner Entfaltung hindert. Zur Untersuchung der Frage der Gewerbekammern, der Gefängnißarbeit, der Wanderlager, Waarenauktionen und des Hausirhandels sind besondere Kommissionen niedergesetzt, die ihr Urtheil noch nicht abgegeben haben.

Die Vereinerung der Weichsel- und der Nogatgegend durch den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Lucius soll, wie man hört, einen Eindruck zu Gunsten des großen Regulierungs-Projektes (L.) gemacht haben. Dabei bleibt freilich immer noch die technisch sehr schwierige Frage der Erhaltung der Schiffbarkeit des Pillauer Tiefs von großer Bedeutung. Die Steigerung des Bodenwerthes der betreffenden Gegenden und die Förderung der landwirtschaftlichen und Landeskulturinteressen, welche diese Regulierung herbeiführt, dürfte indessen die sehr bedeutenden Kosten ihrer Durchführung aufwiegen.

Der telegraphisch signalisirte Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ über eine auf die Ausführung des berliner Friedens bezügliche Stelle des Konarokprotokolls lautet:

„Gegen die Dauer von einigen Seiten auf die Tagesordnung gesetzt wird, dürfte es nicht ohne Interesse sein, sich die einschlägigen Bestimmungen des berliner Friedens ins Gedächtniß zurückzurufen. Dieselben finden sich in dem Protokoll Nr. 18 vom 11. Juli 1878. Wir lassen die betreffenden Stellen wörtlich folgen. Graf Schmalow schlägt folgende Redaktion vor:

Nachdem die hohen Vertragsmächte den Stipulationen des berliner Vertrages ihre feierliche und bindende Sanction erteilt haben, betrachten sie die Gesamtheit der Artikel dieser Akte als ein zusammenhängendes Ganzes, dessen Ausführung sie zu kontrolliren und zu beaufsichtigen sich verpflichten.“

Kartheodory Pascha beruft sich auf seine früher abgegebenen Erklärungen. Die Pforte betrachtet jedenfalls die Unterzeichnung als bindend und erkennt sich als positiv verpflichtet, die Bestimmungen, welche sie in gleicher Eigenschaft wie die übrigen Mächte gezeichnet hat, zur Ausführung zu bringen. Aber die Fassung des russischen Schriftstücks legt allen Vertragsmächten die gegenseitige Verpflichtung auf, eine Kontrolle über die Ausführung der Vertragsbestimmungen auszuüben; die Pforte würde daher in die Lage kommen, eine Aufsicht bei sich zu lassen und ihrerseits bei anderen gleichfalls verpflichteten Staaten ausüben zu müssen.

Se. Excellenz hebt die Schwierigkeiten dieser Aufgabe hervor und fügt hinzu, daß die Pforte bereit ist, den Vertrag, soweit er sie betrifft, auszuführen, daß sie aber ablehnt, eine Kontrolle auszuüben, oder sich einer solchen zu unterwerfen, da diese Verpflichtung neu und zu schwer für eine Regierung ist, welche weder auf die Last, noch auf das Vorrecht Anspruch macht.

Der Präsident unterbreitet dem Kongresse die neue Redaktion (die des Grafen Schmalow) zur Abstimmung. Die österreichischen Bevollmächtigten haben keine Bedenken. Die Bevollmächtigten von Frankreich, Großbritannien und Italien behalten sich ihr Votum vor; die Bevollmächtigten der Türkei erklären, daß sie ihren eben gemachten Erklärungen nichts hinzuzufügen haben. Die Bevollmächtigten Deutschlands stimmen für die russische Proposition. Der Präsident konstatirt, daß das von den russischen Bevollmächtigten vorgelegte Schriftstück die Zustimmung des Kongresses nicht erlangt hat, und schreitet demnächst zur Abstimmung über die durch Graf Andraffy vorgeschlagene Proposition. Die Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens beharren dabei, ihr Votum zu reserviren, die Bevollmächtigten der Türkei lehnen die Fassung ab und die Bevollmächtigten Rußlands bleiben bei ihrem Vorschlage. Der Präsident konstatirt, daß die russische Proposition, sowie das österreichische Amendement, welches den Grundgedanken derselben wiedergibt, von dem Kongresse nicht angenommen worden sind, daß daher, als das Resultat der Diskussion, die im Protokoll zu vermerkenden Thatfachen übrig bleiben, nämlich: — — — Die Proposition selbst, die Antwort

\* Graf Andraffy hatte eine mildere Fassung des russischen Vorschlages beantragt.





Newyork, 7. Oktober. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 12 nom., do. in Philadelphia 12 nom., rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificate — D. 99 C. Mehl 4 D. 30 C. Rother Winterweizen 1 D 12 C. Mais (old mixed) 53 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio: 14. Schmalz (Marke Wilcox) 9 1/2, do. Fairbank 9 1/2, do. Rob & Brothers 9 1/2. Ered (short clear) 8 1/2 C. Getreidefracht 5 1/2.

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Oktober. Wind: NW. Wetter: Raß. Weizen per 1000 Kilo loco 180-235 M. nach Qualität gefordert. Gelber meckl. — M. ab Bahn bez., per Oktober 213-215 bez., per Oktober-November 211-213 bez., per November-Dezember 210 bis 212 1/2 bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 210 1/2 bis 213 bez., Gefündigt 4000 Zentner. Regulierungspreis 214 M. — Roggen per 1000 Kilo loco 205-215 M. nach Qualität gef., russischer — ab Bahn bez., inländischer 205-213 M. ab Bahn bez., feiner — M. a. B. bez., defekt. 198 M. ab B. bez., per Oktober 206-209-208 1/2 bez., per Oktober-November 203-206-205 1/2 bez., per November-Dezember 201 1/2-204-203 1/2 bez., per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bez., per April-Mai 193-196-195 1/2 bez. Gefündigt 4000 Ztr. Regulierungspreis 207 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 145-200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 134-166 nach Qualität gefordert, russischer 140-147 bez., ost- und westpreussischer 140-149 bez., pommerischer und mecklenburgischer 146-150 bez., schlesischer 142 bis 150 bez., böhmischer 142-150 bez., per Oktober 146 1/2-147 bez., per

Oktober-November 143 bez., per November-Dezember 142 1/2 bez., per April-Mai 144 1/2-146 1/2-146 bez. Gefündigt 5000 Zentner. Regulierungspreis 146 1/2 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Roggenware 193 bis 210 M., Futtermittel 180-193 M. — Mais per 1000 Kilo loco 130 bis 133 bez., nach Qualität, rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer 130-131 ab R. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50-30,50 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00-28,00 M., per Oktober 28,80-29,10 bez., per Okt.-Novem-ber 28,60-28,90 bez., per November-Dezember 28,50-28,70 bez., per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bez., per April-Mai 27,60-27,80 bez. Gefündigt 4000 Ztr. Regulierungspreis 29,00 M. — Delfaat per 1000 Kilo Winterraps neuer — Markt, Winterrübsen neuer — Markt. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,5 M., flüssig — M., mit Faß 53,8 M., abgelassene Sch. — bez., per Oktober 53,7 bez., per Oktober-November 53,7 bez., per Nov.-Dezember 54,3 bez., per Dezember-Januar — bez., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 57,5 M., per Mai-Juni — M. Gefündigt 500 Ztr. Regulierungspreis 54,0 M. — Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 32,0 M., per Oktbr. 31,1-31,3 bez., per Oktbr.-Novbr. 31,1-31,3 bez., per November-Dezember 31,1 bis 31,3 bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 58,4 bez., per Oktober 58,0-57,8-57,9 bez., per Oktober-November 56,9-56,7-56,9 bez., per Novem-ber-Dezember 56,3-56,1-56,3 bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 57,5-57,3-57,5 bez., per Mai-Juni 57,7-57,5-57,7 bez. Gefündigt 10,000 Liter. Regulierungspreis 58,0 M. (Berl. Börs.-Ztg.)

Stettin, 8. Oktober. (An der Börse.) Wetter: Temperatur + 10 Grad R. Barometer 28. Wind: Ost. Weizen, Termine höher, loco ziemlich unverändert, per 1000 loco gelber 198-204 Mark, feuchter mit Auswuchs 170-190 M., ber 200-210 M., per Oktober 206-207 M. bez., per Oktober-November 204 M. Gd., 205 M. Br., per Frühjahr 205-207,5 M., 297 M. Br. — Rüböl matter, per 100 Kilo loco ohne Faß bei nigkeiten 55,75 M. Br., per Oktober 54,5 M. Br., per Oktober-November do., per April-Mai 57,5 M. bez. und Br. — Roggen loco per 1000 Kilo loco inländischer 198-202 Mark, russischer 196-200,5 M. bez., per November-Dezember 196 M. bez., per Frühjahr 188,5-190 M. bez. — Gerste fest, per 1000 Kilo loco geringe bis 150 M., Märkte 160-165 M., Oderbruch 159-163 M. — stille, per 1000 Kilo loco 135-146 M. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 175-180 M., Koch- 185-190 M. — Winterrübsen, per 1000 Kilo loco 225-240 M., per Oktober 238 M. bez., per April-Mai 255 M. Br. — Spiritus fest, per 10,000 Liter loco ohne Faß 57,5 M. bez., per Oktober 56,8 M. bez., per Oktober-November 55,2 M. bez., per November-Dezember 54,7 M. Gd., per Jahr 56 Mark bez. — Angemeldet: 3000 Ztr. Weizen, 1000 Ztr. jolen 473-473,50, 471,50-473, Lombarben 140 1/2-140, Disconto Kommandit-Antheile 174-3,25-3,75, Berliner Handelsgesellschaft 102,60-2,75, Darmstädter B. 146,75-6,90-6,60-147, Deutscher Bank 143,10-2,25-143, Dortmunder Union Stamm-Priorität 87,25-6,60 Laurahütte 119,30-8,75. Der Schluß war sehr matt. (Office-Ztg.)

Berlin, 8. Oktober. Zwar boten die neueren politischen Nachrichten der Börse keinen Grund, die schon seit mehreren Tagen herrschende Verstimmung noch zu steigern, doch ließ sich andererseits auch aus dem engen Zusammenhang, in welchem die Börsen untereinander stehen, schon folgern, daß das heutige Geschäft ebenfalls unter dem Einflusse der hochgradigen Mißstimmung der vorangegangenen Tage stehen würde. Von den auswärtigen Börsenplätzen lagen keineswegs animierende Meldungen vor und die Engagements-Verhältnisse der Börse selbst lassen es vor der Hand geboten erscheinen, die Verpflichtungen nicht zu vergrößern. Hieraus ist die andauernde Geschäftshaltung zu erklären. Der Geldmarkt zeigt Spuren einer fortschreitenden Besserung, feinste Briefe waren heute im Privatwechselverkehr zu 4 1/2 Proz. begehrt und man ist allgemein der Ansicht, daß auch die

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 8. Oktober 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Reichs-Obl.) and their corresponding prices.

Table listing various bonds (e.g., Röm. S.-B., Röm. III. rz.) and their prices.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds (e.g., Amerik. rz., Rommerische, Russ. Centr.-Bod.) and their prices.

Wechsel-Course.

Table listing exchange rates for various locations (e.g., Amsterdam, London, Paris, Wien).

Reichsbank eine weitere Diskontherabsetzung werde eintreten lassen, vorausgesetzt natürlich, daß die augenblickliche Strömung sich dauernd bemesse. Von den internationalen Spekulations-Papieren, die sämtlich mit niedrigeren Notierungen eintraten, wurden nur österreichische Kreditaktien etwas lebhafter umgesetzt. Die lokalen Spielpapiere erholten sich nach schwachem Anfange zwar etwas; in eine wirklich feste Haltung vermochten sie jedoch trotzdem nicht überzuleiten. Inländische Eisenbahnaktien zeigten sich heute stark vernachlässigt und dankten es lediglich dem beschränkten Umfasse, wenn sie sich auf ihrem bisherigen Coursestande behaupten konnten. Eisenbahnprioritäten waren mäßig belebt, standen aber auch unter dem Einflusse des allgemeinen Druckes. Bankaktien waren sehr schwach, wurden aber fast gar nicht umgesetzt. Industriepapiere fanden nur in sehr geringem Maße Beachtung. Be-

Bank- u. Credit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks (e.g., Badische Bank, Bf. Rheinl. u. Westf., Berl. Handels-Ges.) and their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks (e.g., Brauerei Pilsener, Deutsche Bauges., Dtsch. Eisen-Bau.) and their prices.

sonders waren die auswärtigen Staatsanleihen matt und gewannen mentlich in russischen Werthen das Angebot größere Ausdehnung. Nachdem von London die Anfangscurse eingetroffen und diese in der Weise, wie man erwartet hatte, niedriger waren, befestigte die Tendenz etwas. Landwirthschaftliche Bank 105,50. Per Notizen: Oesterreichische Kreditaktien 480-76,50-79,50-477, Disconto 473-473,50, 471,50-473, Lombarben 140 1/2-140, Disconto Kommandit-Antheile 174-3,25-3,75, Berliner Handelsgesellschaft 102,60-2,75, Darmstädter B. 146,75-6,90-6,60-147, Deutscher Bank 143,10-2,25-143, Dortmunder Union Stamm-Priorität 87,25-6,60 Laurahütte 119,30-8,75. Der Schluß war sehr matt.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks (e.g., Aachen-Maastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische) and their prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligations.

Table listing railway priority bonds (e.g., Aach.-Maastricht, do. do. II, do. do. III) and their prices.

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Table listing railway priority stocks (e.g., Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, Halle-Sorau-Guben) and their prices.